NORDAMERIKA 09.01.2019 | Joan C. Williams

Rasse statt Klasse

Trump spielt Weiße gegeneinander aus. Und die Demokraten machen eifrig mit.

„Ich will, dass sie jeden Tag über Rassismus reden“, sagte Steve Bannon, der ehemalige Chefstratege von Präsident Donald Trump, 2017 gegenüber *The American Prospect*. „Wenn sich die Linke auf Rasse und Identität konzentriert und wir auf wirtschaftlichen Nationalismus setzen, können wir die Demokraten zerquetschen.“ Bannon folgte einer alten amerikanischen Tradition: dem Versuch, Menschen unterschiedlicher Rassen gegeneinander auszuspielen, um zu verhindern, dass sie sich aufgrund gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen miteinander verbünden.

Dies gilt auch für die anderen rassistischen Aktionen, die Trump zeitlich geschickt platziert hat: das Einreiseverbot für Muslime; seine schockierenden Kommentare nach der Gewalt in Charlottesville, Virginia; seine ungebetenen Ratschläge an die NFL, wie sie auf die Proteste der Spieler reagieren soll; die Familientrennungen; und die Bewaffnung der Zoll- und Einwanderungsbehörden. Diese Gesten scheinen den Zweck zu haben, sich bei Rassisten beliebt zu machen. Tatsächlich sind sie aber auch an die Linke gerichtet, um die Aufmerksamkeit der Liberalen vom Klassenthema auf das Rassenthema zu lenken. Würden sich die Demokraten mehr um wirtschaftliche Themen kümmern, könnten sie vielleicht die weißen Wählerinnen und Wähler der Arbeiter- und Mittelklasse zurückgewinnen, die sie im letzten halben Jahrhundert völlig vernachlässigt haben.

In den letzten zwei Jahren habe ich viel Zeit damit verbracht, mit Progressiven über das zerstörte Verhältnis zwischen den Weißen der Elite und der weißen Arbeiterklasse zu sprechen (diese Gruppe, die über ein Medianeinkommen von etwa 75.000 Dollar verfügt, wird allgemein auch als „Mittelklasse“ bezeichnet). Momentan haben die Demokraten eine einmalige Gelegenheit, die Arbeiterklasse wieder für sich zu gewinnen: Die Einkommensungleichheit ist so extrem geworden, dass heute die Menschen über das gesamte politische Spektrum hinweg ernsthafte Probleme haben – unabhängig davon, ob sie einen Hochschulabschluss haben oder nicht. Die Arbeitslosigkeit mag zwar niedrig sein, aber das

Medianrealeinkommen hat sich seit Trumps Wahl nicht von der Stelle bewegt. Die Wohnkosten hingegen steigen weiter. 2014 ergab eine Umfrage des *General Social Survey*, dass sich nur 35 Prozent der „Generation Y“ zur Mittelklasse zählten, verglichen mit 46 Prozent der entsprechenden Altersgruppe im Jahr 2002.

All dies sollte den Demokraten enorme Möglichkeiten geben. Aber viele von ihnen scheinen aus dem jüngsten politischen Chaos die falschen Schlüsse zu ziehen. Die ländlichen und industriellen Regionen aufzugeben, ist langfristig eine sehr schlechte Strategie. Wollen die Demokraten jetzt und zukünftig wieder Wahlen gewinnen, müssen sie vier harten Wahrheiten ins Auge sehen:

Demographie ist kein Schicksal

„Warum warten wir nicht, bis die weiße Arbeiterklasse ausstirbt?“, wurde ich beim letzten *Berkeley Festival of Ideas* gefragt. Meine Antwort war: „Verstehen Sie jetzt, warum diese Leute für Trump gestimmt haben? Die Einstellung, die Sie äußern, ist ekelhaft, und Trump ist deren Mittelfinger.”

Ein Teil der Linken glaubt heute, die Rettung der Demokraten liege in der Demographie. Die Partei könne also die weiße Arbeiterklasse ignorieren und sich stattdessen auf die Farbigen, die jungen Menschen und die alleinstehenden Frauen konzentrieren. Das ist reines Wunschdenken. Die heutigen Minderheiten in den USA werden frühestens 2045 in der Mehrheit sein. Wenn Sie glauben, die Demokratische Partei – oder das Land – könne das momentane politische Chaos noch ein Vierteljahrhundert überleben, weiß ich nicht, was ich Ihnen noch sagen soll.

Außerdem spielen auch geographische Faktoren eine Rolle. Die Minderheiten sind nicht gleichmäßig im Land verteilt, und die Wählerstimmen der Weißen im ländlichen und industriellen Raum sind überrepräsentiert. Darüber hinaus werden auch im Jahr 2040 immer noch 37 Bundesstaaten eine weiße Mehrheit haben. Sind die Demokraten bereit, all diese Staaten aufzugeben?

Hinter dem Populismus stecken wirtschaftliche Ängste

Viele anständige, vernünftige Menschen haben für Trump gestimmt, weil sie glauben, weder die Demokraten noch die Republikaner hätten den Niedergang der Mittelklasse aufgehalten – und sie haben Recht. Diejenigen, die leugnen, dass die aktuelle populistische Welle entscheidend von der Wirtschaft abhängt, betonen gern, dass

viele Trump-Wähler gut verdienen. Das ist wahr, aber irrelevant. Die Wechselwähler, die 2016 die Wahl entschieden haben, haben kein blaues Blut, sie tragen blaue Arbeitskleidung.

Betrachtet man die Ungleichheit der Einkommen über einen längeren Zeitraum, zeigt sich, warum viele Amerikanerinnen und Amerikaner so verunsichert sind: Fast alle Amerikaner, die in den 1940ern geboren wurden, verdienten mehr als ihre Eltern, aber dies gilt nur noch für die Hälfte der 1980er-Jahrgänge. Gleichzeitig nimmt der Anteil des Nationaleinkommens, der auf die Amerikaner in der Mitte der Einkommenspyramide fällt, ab.

Bedeutet die Schlussfolgerung, dass der Populismus auch von der Wirtschaft abhängt, den Fanatismus zu ignorieren? Nein. Trump vertritt einen Populismus, der mit Rassismus durchsetzt ist. Aber die Wahrheit ist auch, dass die Weißen der Elite von den Rechten dazu angestachelt werden, die anderen Weißen als Rassisten zu sehen – und damit ihre wirtschaftlichen Sorgen zu ignorieren. Wie Bannon im letzten Jahr sagte: „Unsere Ziel ist es, Öl ins Feuer des Widerstands zu gießen."

Gegen offene Grenzen zu sein ist noch kein Rassismus

Ein Teil dieser Strategie besteht darin, die liberale Elite dahin zu bringen, sich für offene Grenzen einzusetzen. Gleichzeitig sollen die Weißen der Arbeiterklasse davon überzeugt werden, dass die Einwanderer nicht für den Verlust guter Arbeitsplätze verantwortlich gemacht werden können.

Noch in den 1990ern stellte die Soziologin Michèle Lamont fest, dass viele der von ihr befragten Arbeiter eine recht positive Einstellung gegenüber Einwanderern hatten. Sie beschrieben die Immigranten als „familienorientiert" und „harte Arbeiter wie wir selbst". Was hat sich verändert? Hauptsächlich die rechtsextreme Interpretation: Warum sind die guten Arbeitsplätze verschwunden? Handelsabkommen. Warum werden die verbleibenden Jobs so schlecht bezahlt? Einwanderer.

Zweifellos speisen sich die einwanderungsfeindlichen Einstellungen, die durch diese Interpretation gefördert werden, aus rassistischer Ablehnung. Viele Weiße geraten außer sich, wenn man ihnen sagt, sie seien bald in der Minderheit: Aber diese Reaktion findet man nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch bei Hochschulstudenten.

Der erste Schritt gegen das Narrativ der extremen Rechten besteht darin, die Tatsache zu akzeptieren, dass amerikanische Arbeiter durchaus

manchmal unter der Einwanderung leiden – besonders diejenigen, die keinen höheren Schulabschluss haben. Insgesamt mag die Einwanderung einen positiven Effekt auf die Wirtschaft haben, aber die Menschen lassen sich nicht über einen Kamm scheren: Sie leben, wo sie leben, und sehen, was sie sehen. Und das ist, dass manche Arbeitgeber die Einwanderer dazu missbrauchen, die Löhne zu drücken und die Gewerkschaften zu untergraben. Warum sollen wir das nicht zugeben und darauf bestehen, dass (frei nach Martin Luther King Jr.) alle, einschließlich der Einwanderer, ein würdevolles Einkommen haben, das bis zum Monatsende reicht?

Wollen die Demokraten eine siegreiche Koalition bilden, die nicht nur die blauen Küsten, sondern auch das rote Landesinnere umfasst, müssen sie diese ökonomische Wahrheit verstehen. Sie müssen mehr darüber sprechen, wie sie die Arbeiter stärken können. Ein gutes Beispiel dafür ist die Senatorin Elizabeth Warren. Sie fordert ein Gesetz für verantwortlichen Kapitalismus, mit dem unter anderem festgelegt wird, dass 40 Prozent der Vorstandsmitglieder eines Konzerns von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewählt werden müssen.

Eine Bemerkung zum Schluss: Wenn die Demokraten weniger Zeit damit verbringen, den Köder der Einwanderung zu schlucken, und sich mehr darauf konzentrieren, den Menschen ohne höhere Schulbildung gute Arbeitsplätze zu verschaffen, helfen sie damit nicht nur der weißen Arbeiterklasse, sondern den Menschen aller Rassen.

Rassismus ist ein Problem der Weißen und nicht der Arbeiterklasse

Besonders die letzte harte Wahrheit wird schwer zu verändern sein: das vergiftete Verhältnis zwischen der weißen Elite und den übrigen Weißen. Und den Preis dafür zahlen die Menschen aller Rassen. Dies ist ein Problem der Weißen, also muss es auch von den Weißen gelöst werden. Es ist wahr, dass auch überzeugte Rassisten für Trump gestimmt haben: 35 Prozent der Trump-Wähler geben an, das N-Wort benutzt zu haben. Aber bedeutet dies, dass alle Trump-Wähler verlorene Seelen sind? Dass sie Wähler sind, die die Demokraten nicht zurückholen können und dies auch gar nicht wollen?

Nein. Eine wichtige, weithin übersehene Studie der Wählerstudiengruppe des Democracy Fund von 2017 unterscheidet zwischen fünf prägnanten Typen, die Trump gewählt haben. Zwei dieser Gruppen werden wahrscheinlich nie in nennenswerter Zahl zu den

Demokraten überlaufen: die hartnäckigen Konservativen und die Anhänger des freien Marktes, die gemeinsam fast die Hälfte von Trumps Wählerschaft ausmachen. Die beiden anderen großen Blöcke, die amerikanischen Traditionalisten und die Elitegegner, umfassen jeweils ein Fünftel der Trump-Wähler. Diese Wählergruppen sind überzeugt davon, die Wirtschaft sei so manipuliert, dass die reichsten Amerikaner davon profitieren. Der letzte Block, die Gruppe der Abgehängten, macht etwa fünf Prozent der Trump-Wähler aus.

Die amerikanischen Traditionalisten und die Elitegegner werden oft in einen Topf geworfen, weichen aber in wichtigen Punkten voneinander ab: Die Traditionalisten waren von Trump tatsächlich begeistert. Bei den Vorwahlen gaben zwei Drittel von ihnen an, Rasse spiele für ihre Identität eine wichtige Rolle, und nur die Hälfte sprach von freundlichen Gefühlen gegenüber rassischen Minderheiten. Also ist dies ist keine Gruppe, aus der die Demokraten viele Wähler gewinnen könnten.

Eine Methode ist klar zum Scheitern verurteilt: die herablassende und blasierte Behauptung, alle Trump-Wähler seien ignorante Rassisten.

Bei den Elitegegnern hingegen, die am wenigsten auf eine bestimmte Partei festgelegt sind, liegt die Sache anders. Bei den Vorwahlen stimmte nur ein Viertel von ihnen für Trump und fast die Hälfte gab an, weniger für Trump zu stimmen als vielmehr gegen Clinton. Entscheidend dabei ist, dass nur 13 Prozent von ihnen der Ansicht waren, ihre Kinder würden einmal einen höheren Lebensstandard haben als sie selbst. Dies ist die Gruppe, um die sich die Demokraten kümmern müssen. Aber eine Methode ist dabei zum Scheitern verurteilt: die herablassende und blasierte Behauptung, alle Trump-Wähler seien ignorante Rassisten.

Wenn wir weniger den offenen Rassismus betrachten (der sich beispielsweise durch die Verwendung des N-Worts zeigt) als vielmehr den impliziten Rassismus (der bestimmt, ob wir jemanden als, sagen wir, kompetent oder gefährlich einschätzen), kommt die Elite übrigens nicht besser weg als die Arbeiterklasse. Hochschulabsolventen sind in gleichem Maße implizit rassistisch eingestellt wie alle anderen. Verschiedene soziale Klassen unterscheiden sich lediglich in der Art ihres Rassismus. Dies könnte erklären, warum – einem berühmten Experiment zufolge – jemand namens „Jamal“ in seinem Lebenslauf acht Jahre mehr Erfahrung braucht, um das gleiche Interesse zu wecken wie jemand namens „Greg“.

Wo Weiße sind, findet man auch Rassismus. Dagegen müssen alle weißen Amerikaner ankämpfen. Außerdem müssen sie damit aufhören,

den Kampf gegen Rassismus als Vorwand für Überheblichkeit zu nehmen.

Nach jedem neuen Wutgeschrei Trumps fragen die Menschen auf Twitter, ob ich endlich bereit sei zuzugeben, dass die weiße Arbeiterklasse einfach nur rassistisch ist. Was meine Twitter-Freunde nicht zu erkennen scheinen, sind ihre eigenen Privilegien. Unter den Eliten ist die Ansicht verbreitet, die Weißen der Arbeiterklasse seien keine Opfer, sondern Täter, die zur Ungleichheit beitragen. Dies könnte am Glauben der Oberklasse liegen, sie seien dort, wo sie sind, weil sie hart gearbeitet haben und die Klügsten sind. Beim Gespräch über Klassen müssen die Weißen der Elite also zugeben, dass sie nicht nur bezüglich ihrer Rasse, sondern auch bezüglich ihrer Klasse privilegiert sind.

Ich bin eine der Aktivistinnen, deren wissenschaftliche Arbeit und Identität durch Umweltschutz, soziales Geschlecht, Rasse und Sexualität bestimmt ist. Aber die Arbeiterklasse musste in wirtschaftlicher Hinsicht erheblich leiden, während sich die Demokraten auf andere Probleme konzentriert haben. Es ist an der Zeit, diesen Menschen zuzuhören.

Aus dem Englischen von Harald Eckhoff.

Dieser Text ist eine gekürzte Fassung. Das Original ist in der Zeitschrift "The Atlantic" erschienen.



Joan C. Williams

Joan C. Williams ist Professorin und Leiterin des Center for WorkLife Law am Hastings College of the Law der University of California. Sie ist die Autorin der *White Working Class* und die Co-Autorin von *What Works for Women at Work* mit Rachel Dempsey.